

Erklärung des Bundesverbands Arbeiterfotografie zum Vorgehen gegen die costa-ricanische Regierungskritikerin Estela Chinchilla Mora

Für einen fairen, offenen Diskurs – auch in Costa Rica

Zwei unserer Mitglieder haben sich vor kurzem in Costa Rica aufgehalten, wo seit Mai 2022 Rodrigo Chaves Robles Präsident ist. Von ihnen erfuhren wir vom Fall Estella Chinchilla Mora, der Vizepräsidentin des Zentrums für Frieden (Centro Amigos para la Paz), Journalistin und Aktivistin aus der costa-ricanischen Provinz Cartago. Ihre Kritik richtet sich primär gegen die Administration von Präsident Chaves und umfasst z.B. Themen wie Korruption, mangelnde Transparenz, Einfluss des organisierten Verbrechens sowie Versäumnisse im Agrarsektor.

Estela Chinchilla Mora wurde vom Direktor der costa-ricanischen Geheimdienstbehörde "Dirección de Inteligencia y Seguridad" (DIS) angezeigt. Er reichte am 13. Januar 2026 eine formelle Anklage bei der Staatsanwaltschaft ein. Chinchilla Mora sei angeblich an Plänen zur Ermordung des Präsidenten beteiligt. Als Belege dienen Screenshots von angeblichen WhatsApp- und Facebook-Posts, die ungeprüft von regierungsnahen Medien veröffentlicht worden sind. Die Geschehnisse haben Debatten über Presse- und Meinungsfreiheit in Costa Rica entfacht, was indirekt die kritischen Stimmen verstärkt.

Unter Präsident Rodrigo Chaves gilt Costa Rica als einer der engsten Verbündeten der USA in Lateinamerika, wohingegen das Verhältnis zu Russland und China als angespannt und distanziert zu bezeichnen ist. Zwar hat Costa Rica seit 1949 keine eigene Armee, und ausländische Truppen auf seinem Territorium sind verboten. Costa Rica "verlässt" sich aber auf den "Schutz" durch den 1948 u.a. mit den USA abgeschlossenen Rio-Vertrag. Die Existenz von US-Militärbasen in Costa Rica (z.B. in Guanacaste) wird bestritten.

Unter der Regierung von Präsident Rodrigo Chaves spielen US-Konzerne eine zunehmend zentrale Rolle in der costa-ricanischen Wirtschaft. Es sind z.B. Halbleiter-Konzerne wie Intel, Pharma-Unternehmen oder die Bank of America, die in Costa Rica operieren. Der zurzeit noch

eingeschränkte Zugang von US-Konzernen zu Bodenschätzen wie Gold, Bauxit oder anderen Mineralien soll gelockert werden. Im November 2025 kündigte die Regierung an, das Verbot für offenen Tagebau – speziell für die Crucitas-Goldmine – aufzuheben. Ein Gesetzentwurf sieht vor, die Mine per Auktion an Bieter zu vergeben. Sollte das Verbot fallen, könnten US-Firmen (z.B. aus dem Bergbausektor) einsteigen, ähnlich wie in der Vergangenheit kanadische und US-nahe Firmen involviert waren.

Chinchilla Mora weist alle gegen sie erhobenen Vorwürfe kategorisch zurück und bezeichnet sie als "montaje" (Fälschung) und politisch motivierten Versuch, sie als Regierungskritikerin zum Schweigen zu bringen. Sie betont, nie Gewalt geplant oder gefördert zu haben, und fordert stattdessen, dass Chaves durch demokratische Mittel abgesetzt werde, da er dem Land Schaden zufüge. „Die Anzeige ist eine Inszenierung. Es gibt keinen Plan, es gibt keinen Auftragsmörder und nichts von dem, was mir vorgeworfen wird, ist wahr.“ Seit den Vorwürfen erhält sie Todesdrohungen, fühlt sich verfolgt und hat eine Gegenklage beim Organismo de Investigación Judicial (OIJ) eingereicht. Verschiedene soziale Gruppen und die linke Oppositionspartei "Frente Amplio" unterstützen sie und fordern eine unabhängige Untersuchung.

Der Bundesverband Arbeiterfotografie, ein Medienprojekt, das seine Wurzeln in der vor 100 Jahren entstandenen Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands hat, schließt sich diesen Forderungen an. In der Europäischen Union kennen wir inzwischen vergleichbare Fälle, in denen gegen Journalisten und Aktivisten mit Falschbehauptungen vorgegangen wird. Man versucht auf diese Weise unbequeme Kritiker mundtot zu machen. Wie in der EU erwarten wir, dass restriktives, dem Ansehen – und auch dem Tourismus – schadendes Verhalten gegen kritische Stimmen unterbleibt.

